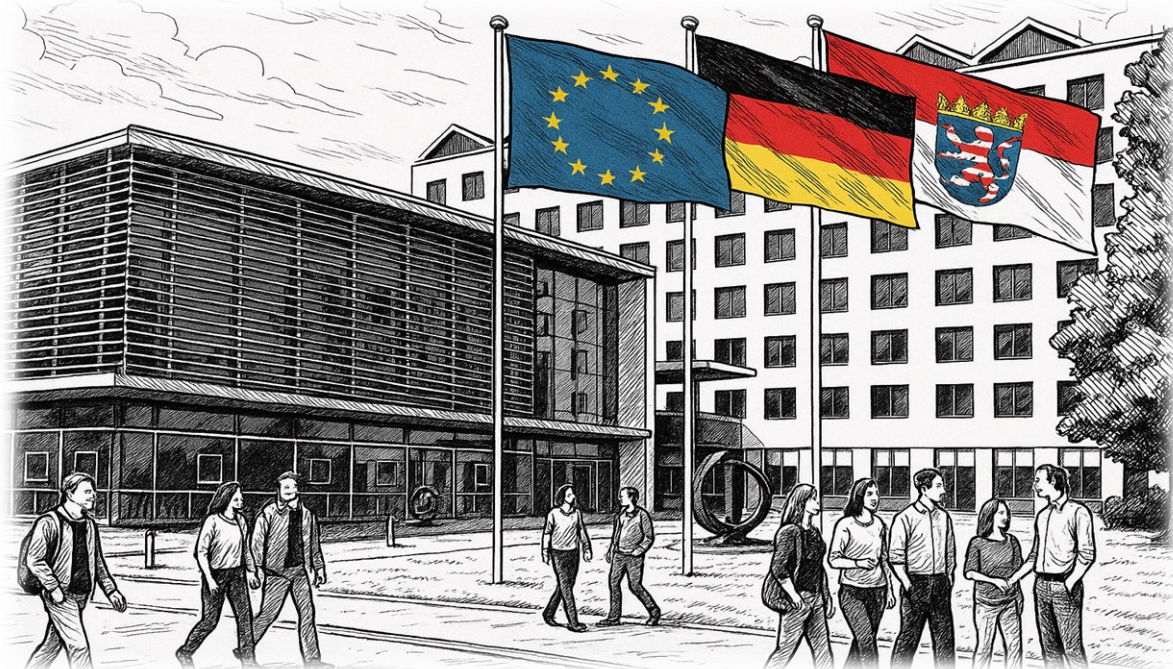




Wahlprogramm der Freien Demokraten (FDP) Kreis Groß-Gerau

Inhalt

Ein starker Kreis für alle Generationen.	3
Unsere Ideen für Bildung, Gesundheit, Wohnen und darüber hinaus.	3
Bildung entscheidet	3
Frühkindliche Bildung stärken – Familien und Kommunen entlasten.....	3
Qualitätssicherung an KiTas.....	4
Moderne Schulbauten	4
Herausforderung Ganztagschule.....	5
Digitale Schule.....	5
Vielfältige Schullandschaft – Elternwille zählt	6
Schulverwaltung schlanker organisieren	6
Inklusive Bildung weiter fördern.....	6
Schulsozialarbeit – wichtig für den Bildungserfolg.....	6
Herausforderungen für die Zukunft.....	7
Modernes Gebäudemanagement – digitale Lösungen.....	8
Schullandheim als Ort gemeinschaftlichen Lernens	8
Lebenslanges Lernen.....	8
VHS auf Kernauftrag konzentrieren.....	8
AVM stärken.....	9
Wohlstandsschmiede Hochschule	9
Gesundheit zählt.....	10
Verkrustete Strukturen überwinden.....	10
Ambulante Versorgung verbessern	10
Ländliche Hausarztversorgung sicherstellen.....	11
Bezahlbar wohnen	12
Die Kommunen brauchen Anreize zur Schaffung von Baugrund	12
Digitalisierung ist wichtiger Baustein	12
Errichtung einer Wohnungsbaugesellschaft prüfen	12

Eine erstklassige Infrastruktur	14
Internationaler Flughafen von überragender Bedeutung	14
Radwegenetz ausbauen.....	14
Region braucht gute Straßen	15
Gerechte Regionalplanung	16
Ausgleich für Belastungen unerlässlich.....	16
Ein Ballungsraumgesetz, das die Region stärkt und nicht spaltet.....	16
Wirtschaftsförderung: für eine starke Wirtschaft in Groß-Gerau.....	18
Verlässliche Rahmenbedingungen, die Unternehmertum ermöglichen.....	18
Wirtschaftsförderung muss Chefsache sein	18
Vorausschauende Gewerbeflächenvermarktung	18
Existenzgründungsberatung.....	19
Fachkräfteallianz ausbauen.....	19
Hochschulkooperation als Wohlfahrtsfaktor.....	19
Verlässliche öffentliche Vergabepolitik.....	20
Eine Verwaltung als Dienstleister	21
Das Bürgerbüro in der Hosentasche.....	21
Öffnungszeiten nach Bedarf ausrichten	21
KI-gestützte digitale Begleiter für eine bürgernahe Verwaltung.....	21
Kommunale Finanzen „Enkel-fit“ machen.....	23
Eine Reform der Kommunalfinanzen	23
Echter Sparwille vor Ort	23
Einsparungen in der Verwaltung im Kreis.....	23
Effizienz durch interkommunale Zusammenarbeit.....	23
Fördermittel besser nutzen.....	24
Privat vor Staat	24
Mobilisierung privaten Know-hows	24
Ausgabenfalle Soziales.....	24
Beratungsangebote evaluieren	25
Bezahlkarte einsetzen.....	25
Riedwerke als effizienter Dienstleister des Kreises und der Kommunen	26
Riedwerke als Plattform der interkommunalen Zusammenarbeit ausbauen.....	26
AVM stärken.....	26
Müllentsorgung / Wertstoffhöfe	26
Bauschutt aus dem AKW Biblis nur sicher lagern.....	27
Regenerative Energien wirtschaftlich sinnvoll einsetzen.....	27
Integration fördern und fordern	28
Sprache, Bildung und Arbeit sind die Schlüssel zur Integration	28
Attraktiver bezahlbarer Nahverkehr	29
Haltestellen mit Mehrwert.....	29
ÖPNV muss für Kommunen finanzierbar bleiben	29
Netzstruktur mit Augenmaß	30
Die wichtigste Nebensache der Welt: Freizeit, Erholung und Sport	31
Schloss Dornberg als Kultur- und Lernraum ausbauen.....	31
Sehenswürdigkeiten des Kreises besser vermarkten.....	31
Flughafennähe besser nutzen.....	31
Sport als Herzstück des Zusammenhalts	32
Zusammenarbeit zwischen Politik und Sport stärken	32
Ehrenamt wertschätzen	32

Ein starker Kreis für alle Generationen.

Unsere Ideen für Bildung, Gesundheit, Wohnen und darüber hinaus.

Der Kreis Groß-Gerau wächst – mitten im Rhein-Main-Gebiet, mit Menschen, Ideen und Möglichkeiten. Wir Freie Demokraten setzen auf gezielte Investitionen in Bildung, Gesundheit und Wohnen. Diese drei Bereiche bilden die Schwerpunkte unseres Wahlprogramms, das darüber hinaus viele weitere Ideen und Lösungen für die Zukunft unseres Kreises bereithält – von wirtschaftlicher Entwicklung über Mobilität bis hin zur digitalen Verwaltung.

Bildung entscheidet

Die Freien Demokraten stehen für eine erstklassige Bildung, da nur diese eine Chancengerechtigkeit ermöglicht. Die Schwerpunktsetzung im Bereich Bildung macht eine sparsame und effiziente Haushaltsführung in den anderen Bereichen umso wichtiger.

Schlechte Bildung gefährdet den sozialen Zusammenhalt, die Chancen der nächsten Generation und schwächt den Wirtschaftsstandort. Schulische Bildung verändert sich rasant. Gerade im Grundschulbereich entstehen aktuell Ganztagsangebote, die für den Schulträger massive Herausforderungen bei der Sicherstellung der Betreuung und der Versorgung mit Mittagessen bedeuten. Auch braucht es für ganztägig arbeitende Schulen ganz andere Lernlandschaften, in denen Schüler und Schülerinnen allein oder in Gruppen arbeiten können, es braucht eine zeitgemäße digitale Ausstattung und Lernräume wie Bibliotheken, Bewegungsräumen etc..

Frühkindliche Bildung stärken – Familien und Kommunen entlasten

Unsere Kinder sind unsere Zukunft. Deshalb müssen ihnen von Anfang an die besten Voraussetzungen für ein selbstbestimmtes und verantwortungsvolles Leben geboten werden. Frühkindliche Bildung und verlässliche Betreuung sind dafür entscheidend – sowohl für die Entwicklung der Kinder und ihren Bildungserfolg als auch für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf.

Jedes Kind soll, unabhängig von Herkunft oder sozialem Hintergrund, individuell gefördert werden. Wir setzen uns dafür ein die Qualität der Betreuung weiter zu steigern und flächendeckend ausreichend Plätze zur Verfügung zu stellen. Das gelingt jedoch nur, wenn Land und Bund die Kommunen endlich spürbar entlasten. Die hohen Kosten der Kinderbetreuung überfordern Städte und Gemeinden. Wir fordern deshalb eine deutliche finanzielle Unterstützung durch das Land – sowohl bei der Finanzierung der Betriebskosten als auch beim Ausbau von Betreuungsplätzen.

Gleichzeitig brauchen wir dringend mehr und gut ausgebildete Fachkräfte. Das Land muss die Kommunen bei der Ausbildung von Erzieherinnen und Erziehern viel stärker unterstützen – etwa durch praxisnahe Ausbildungsmodelle, eine faire Vergütung in der Ausbildungszeit und mehr Ausbildungsplätze.

Um das Betreuungsangebot vielfältiger und flexibler zu gestalten, setzen wir uns dafür ein, Kitas in freier Trägerschaft stärker zu fördern und Hürden für neue Träger abzubauen. Private und freie Träger bringen neue Konzepte, ergänzen das bestehende Angebot und sorgen für mehr Wahlfreiheit bei den Familien. Wir wollen, dass Familie und Beruf miteinander vereinbar sind. Dafür braucht es innovative Lösungen, flexible Modelle und eine bessere Zusammenarbeit aller Beteiligten. Hierzu gehören auch weitere Anreize für Tagesmütter. Nur so können wir den Mangel an Kitaplätzen wirksam abbauen und die Vereinbarkeit nachhaltig stärken.

Qualitätssicherung an KiTas

Der Hessische Bildungs- und Erziehungsplan (BEP) ist in Hessen die verbindliche Grundlage für die pädagogische Arbeit in Kindertageseinrichtungen und in der Kindertagespflege. Der Landkreis spielt bei der Umsetzung eine zentrale Rolle, weil er als örtlicher Träger der öffentlichen Jugendhilfe nach dem SGB VIII für die Planung, Förderung und Qualitätsentwicklung der Kindertagesbetreuung verantwortlich ist.

Wir wollen mit zusätzlichen Zuschüssen und Fördermitteln die Qualitätsentwicklung nach BEP vorantreiben und hierbei besonders Übergangskonzepte Kita–Grundschule im Sinne des BEP fördern.

Moderne Schulbauten

Der Kreis Groß-Gerau ist Träger von derzeit 46 Schulen. Große Erfolge waren im Rahmen des Schulbauprogramms u.a. das „Neue Gymnasium“ in Rüsselsheim und die neue Oberstufe der PDS in Groß-Gerau. Mit den Kommunalinvestitionsprogrammen (KIP) wurde dies in der Legislaturperiode 2016/21 fortgesetzt. Dies war aufgrund stark steigender Schülerzahlen verstärkt gekennzeichnet durch komplette Schulneubauten oder wie in Raunheim der Neugründung einer Grundschule. Von dem Tiefstand bei den Schülerzahlen im Jahr 2013 bzw. 2014 bis zum letzten Prognosejahr 2024 bzw. 2028 kann ein Anstieg in den Primarstufen von 1761 Schülerinnen und Schülern und bei den Sekundarstufen von 1916 Schülerinnen und Schüler erwartet werden.

Die Freien Demokraten stehen uneingeschränkt zu den geplanten Schulbaumaßnahmen im Kreis Groß-Gerau, da diese für die Bildung der kommenden Jahrzehnte unverzichtbar sind, auch wenn dies in der Folge sich bei der Schulumlage auswirken wird. Um Kosten zu reduzieren, unterstützen wir die Bestrebungen zu serieller Bauweise. Sinnvollerweise sollte hier auf Erfahrungen anderer Schulträger zurückgegriffen werden.

Von 1995 bis Ende 2023 wurden 458 Mio. Euro für den Schulbau verausgabt. Im Rahmen der Schulbauinitiative (Ausbau Ganztage) werden über 120 Mio. Euro aufgewendet werden müssen, dazu kommen die Beruflichen Schulen in Groß-Gerau und das neue Gymnasium in Bischofsheim. Bis 2035 sollen insgesamt weitere 800 Millionen Euro in Erweiterungsbauten im Bereich Sekundarstufe fließen. Insgesamt zeigt die Schulentwicklungsplanung bis 2035 fehlende 16 Züge auf. Dies stellt den Kreishaushalt – aber auch die Gemeinden über die Schulumlage - vor enorme Herausforderungen.

Wir haben die Schulbaumaßnahmen in der Vergangenheit alle unterstützt, da damit der Investitionsstau aufgelöst werden konnte und Schulgebäude an die heutigen Anforderungen und die heutigen Kapazitäten ausgebaut werden konnten. Dies werden wir auch weiterhin tun. Schule ist eine Kernaufgabe des Kreises.

Herausforderung Ganztagsschule

Um Chancengerechtigkeit zu fördern sowie Familie und Beruf besser in Einklang bringen zu können, unterstützen wir den Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung an Grundschulen.

Die rechtliche Grundlage für den Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung für Grundschulkinder ist das Ganztagsförderungsgesetz (GaFöG), das eine schrittweise Einführung vorsieht, beginnend mit der ersten Klasse im Schuljahr 2026/27. Dieser Anspruch ist im Achten Sozialgesetzbuch (SGB VIII) verankert und sollte von den Bundesländern umgesetzt werden. Durch die rechtliche Verankerung des Anspruchs in der Bundesgesetzgebung, ist nicht der Konnexitätsfall eingetreten, wonach die beim Schulträger anfallenden Kosten hätten ausgeglichen werden müssen. Die Bundesländer haben sich mit Vorsatz aus der finanziellen Verantwortung gestohlen.

Die Schulträger müssen nun mit einem Millionenaufwand Grundschulen ganztagstauglich machen. Es muss die Versorgung mit Mittagessen sichergestellt, die Betreuung in Zusammenarbeit mit den Schulen organisiert und Räume für den Ganztagsbetrieb geschaffen werden. Auch wenn wir finanziell das Land hier in der Pflicht sehen, unterstützen wir den Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung an Grundschulen. Ziel muss es ~~nun~~ sein, einen pädagogisch hochwertigen Schulalltag von morgens bis nachmittags in den Schulen zu organisieren. Kurzum: Wir wollen eine Schule, in die die Kinder gerne gehen und gute Voraussetzungen für ihren Bildungserfolg vorfinden.

Das Thema Ganztagsbetreuung wird den Schulträger Kreis Groß-Gerau vor ganz neue organisatorische und logistische Herausforderungen stellen. Hierzu erwarten die Freien Demokraten, dass von Anfang an effiziente digitale Lösungen eingesetzt werden, mit deren Hilfe Kapazitäten geplant werden können, die Anzeige von Platzangeboten in Echtzeit ermöglicht wird, An- und Abmeldungen möglich sind und Essensgeldabrechnungen erledigt werden können. Sinnvollerweise sollte dies von Anfang an zusammen mit den Schulträgern Rüsselsheim und Kelsterbach umgesetzt werden. Hierfür gibt es funktionierende Systeme auf dem Markt.

Digitale Schule

Die Ausrüstung der Schulen mit einer zukunftsfähigen digitalen Infrastruktur ist gut vorangekommen und muss nun auf einem aktuellen Stand gehalten werden. Digitale Bildung beinhaltet „Digitale Fähigkeiten“ und „Medienkompetenz“. Deshalb fordern wir Freien Demokraten dafür zu sorgen, dass alle Schülerinnen und Schüler mit Endgeräten ausgestattet werden. Damit erreichen wir Chancengleichheit in der Bildung. Digitales Lernen ermöglicht z.B. die vom Land Hessen bereit gestellte Lernplattform "Schulportal Hessen". Im Rahmen der Lehrmittelfreiheit ist hier das Land Hessen aufgerufen Mittel bzw. Geräte bereitzustellen.

Vielfältige Schullandschaft – Elternwille zählt

Die Freien Demokraten stehen für ein vielfältiges, leistungsfähiges und attraktives Schulangebot. Das mehrgliedrige Schulsystem, das den unterschiedlichen Begabungen, Talenten und Stärken der Schülerinnen und Schüler Rechnung trägt, soll neben Gesamtschulangeboten erhalten bleiben und weiterentwickelt werden. Wir haben daher die Neugründung eines weiteren Gymnasiums im Nordkreis unterstützt, als auch die Umgestaltung der Mittelpunktschule Trebur zu einer kooperativen Gesamtschule mitgetragen. Hierdurch wird die Schullandschaft im Kreis Groß-Gerau noch vielfältiger aufgestellt und der Elternwille bei der Schulwahl ihrer Kinder kann vollständig umgesetzt werden. Auch wollen wir prüfen, ob weitere Angebote privater Träger im Kreis Groß-Gerau angesiedelt werden können.

Das Startchancenprogramm verteilt nicht mehr Fördergelder nach dem 'Königsteiner Schlüssel', sondern nach sozialen Kriterien. Es wird beim Schulträger Landkreis Gross-Gerau vier Schulen für den Ausbau einer attraktiven Schullandschaft geben, um bessere Chancen für alle Begabungen und quer durch alle sozialen Schichten zu haben.

Schulverwaltung schlanker organisieren

Um effizienter arbeiten zu können, fordern die Freien Demokraten einen gemeinsamen Schulentwicklungsplan aller drei Schulträger im Kreis (Groß-Gerau, Rüsselsheim, Kelsterbach), was Kosten spart, Schülerströme besser steuern lässt und vielfältigere Angebote ermöglicht. Darüber hinaus sollte eine gemeinsame Schulträgerschaft angestrebt werden.

Inklusive Bildung weiter fördern

Das Land Hessen hat seit 2012 mit neun Schulträgern modellhaft Kooperationsregionen aufgebaut. Damit werden Strukturen für allgemeinbildende und berufliche Schulen, die inklusiven Unterricht anbieten können, bereitgestellt.

Der Kreis Groß-Gerau ist eine von diesen neun „Modellregionen inklusive Bildung“. Damit die Vorgaben aus diesem Konzept in den Schulen umgesetzt werden können, hat der Schulträger unbedingt darauf zu achten, dass die Räume bei Neubauten entsprechend groß geplant werden und so Möglichkeiten für kleine Lerngruppen geboten werden. Inklusive Bildung gelingt aber nur, wenn auch die personellen Ressourcen seitens des Landes zur Verfügung stehen.

Da Inklusive Bildung nicht immer dem Elternwunsch entspricht, unterstützen wir auch den Neubau einer Förderschule in Trebur, die dann ein gutes Umfeld bieten wird und die Helen-Keller-Schule in Königstädten ergänzen wird.

Schulsozialarbeit – wichtig für den Bildungserfolg

Mit der Entwicklungsinitiative des Kreises Groß-Gerau "Zukunft Schule" will der Kreis die Schulsozialarbeit als einen festen und wichtigen Bestandteil der Schulentwicklung sehen. Da die Herausforderungen durch eine Schülerschaft immer größer werden, war der weitere Ausbau als ein präventives Angebot unabdingbar. Ohne Schulsozialarbeit sind die vielfältigen Probleme und Herausforderungen kaum zu stemmen.

Das Netzwerk mit den beiden anderen Schulträgern in Kelsterbach und Rüsselsheim soll weiterentwickelt werden und den aktuellen Herausforderungen angepasst werden.

Beim Schulträger Kreis Groß-Gerau ist geplant an den Grundschulen, den IGSen, der Haupt- und Realschule, den Beruflichen Schulen (Bildungsgänge zur Berufsorientierung und Berufsfachschule) sowie den Förderschulen das Personal für die Schulsozialarbeit bis zu einem Schlüssel von 300 Schüler*innen = eine Vollzeitstelle und für Gymnasien (Mittelstufe) mit einer Bemessung von 500 Schüler*innen = eine Vollzeitstelle auszubauen. Dies bedeutet für Gymnasien eine Bemessung analog der derzeitigen Ausstattung an den Integrierten Gesamtschulen. Hieraus ergibt sich ein massiver Personalbedarf, der sich in der Schulumlage niederschlägt.

Da die Schulsozialarbeit an der Schnittstelle zwischen Bildungsauftrag und Jugendhilfe stattfindet, sehen die Freien Demokraten bei der Finanzierung das Land in der Pflicht. Die Sicherstellung des Bildungserfolgs ist eigentlich originäre Landesaufgabe.

Herausforderungen für die Zukunft

Nachdem die Bausubstanz der Schulen nun in weiten Teilen einem modernen Standard entspricht, der Schulbau massiv weiter voranschreitet und auch die digitale Ausstattung mit Hilfe der Digitalpakete verbessert wurde, gilt es den erreichten Stand nachhaltig zu pflegen und ökonomisch zu unterhalten.

Mit der Digitalisierung der Schulen (Administration der Netzwerke und Anlagen etc.), dem Betrieb des Ganztagsangebots (Betreuung und Verpflegung) sowie dem wachsenden Bedarf an Schulsozialarbeit, sind die Anforderungen und die Kosten für den Schulträger massiv gestiegen. Hierfür braucht es tragfähige Strukturen, die nicht in der klassischen Verwaltung und dem jahresbezogenen Haushalt abgebildet werden können.

Die Gründung einer Anstalt öffentlichen Rechts für die Ganztagsbetreuung kann daher nur ein erster Schritt sein, die Schulverwaltung auf neue Beine zu stellen. Die Freien Demokraten streben ein professionelles Facility-Management (FM) an, das mit Hilfe Privater Anbieter dauerhaft die Qualität der Gebäude und eine effiziente Personalsteuerung für alle Gebäude sichert.

Gab es früher beim Schulträger einige Stellen für Schulsekretariate und Hausmeister, hat sich der Personalbestand in den letzten Jahren vervielfacht. Längere Schulöffnungszeiten, mehr Schülerinnen und Schüler, komplexe Systeme für Heizung und Belüftung, höhere Anforderungen an die Schulsozialarbeit, die Ganztagsbetreuung und die neue digitale Infrastruktur erfordern massiv mehr Personal, das leider von Seiten des Landes bei den Finanzaufweisungen nicht berücksichtigt wird.

Um eine professionelle Struktur zu schaffen, regen wir Freie Demokraten daher an, in die neue Anstalt öffentlichen Rechts nicht nur den Ganztagsbetrieb organisatorisch zu verlagern, sondern auch die Bauunterhaltung inkl. Hausmeisterdiensten, die Schulsozialarbeit und die Wartung der digitalen Infrastruktur.

Modernes Gebäudemanagement – digitale Lösungen

Notwendig für ein effizientes Gebäudemanagement sind auch moderne webbasierte Steuerungs- und Überwachungssysteme für alle Liegenschaften. Ein gutes Beispiel hierfür findet sich in Böbligen, wo 150 Liegenschaften nach und nach in solche Systeme eingebunden werden.

Schullandheim als Ort gemeinschaftlichen Lernens

Gemeinschaftliches Lernen in einer anderen Umgebung ermöglicht andere Lernformen und stärkt soziale Kompetenzen. Das Schullandheim Ober-Seemen bietet hierzu gute, sichere und einfach zu organisierende Möglichkeiten. In Zeiten knapper Kassen bei den Kommunen aber auch vielen Familien sind Aufenthalte in der weiteren Umgebung eine gute Alternative zu teuren Klassenfahrten.

Lebenslanges Lernen

Besonderes Augenmerk verdient das Duale System der beruflichen Ausbildung, das in der ganzen Welt Anerkennung findet. Das attraktive Angebot der Beruflichen Schulen Groß-Gerau gilt es auszubauen (Campus). Weltbeste Bildung bedeutet auch lebenslanges Lernen. Ziel soll es sein, Räume wie Werkstätten und die vorhandene Expertise zu nutzen und weiterzuentwickeln.

Die Freien Demokraten fordern deshalb den Standort der Beruflichen Schulen Groß-Gerau nicht nur als Bildungsort für die Erstausbildung, sondern auch als zentralen Lernort der VHS in der Erwachsenenbildung auszubauen. Wir begrüßen daher den Neubau der Beruflichen Schulen in Groß-Gerau und die Integration der VHS an diesem Standort auf unseren Vorschlag hin.

Die Freien Demokraten fordern grundsätzlich, dass die beruflichen Schulen in Groß-Gerau und Rüsselsheim zu Kompetenzzentren für Fort- und Weiterbildung ausgebaut werden. Dabei ist eine intensive Zusammenarbeit mit anderen Institutionen (z.B. Jobcenter) notwendig.

VHS auf Kernauftrag konzentrieren

Die weiterhin angespannte finanzielle Situation des Kreises bedeutet, dass sich die Volkshochschule (VHS) bei Kursen, die mit Steuermitteln bezuschusst werden, auf die Bereiche der klassischen Erwachsenenbildung, also auf berufliche Fortbildung und Sprachförderung, konzentrieren muss. Die Teilnehmer sollten von den Angeboten auch wirklich profitieren können. Darüber hinaus sollen die Angebote in Deutsch für Zuwanderer und das Nachholen von Schulabschlüssen weiterhin intensiv betrieben werden.

Die Freien Demokraten fordern deshalb hohe Qualitätsmaßstäbe und eine Evaluation für die VHS-Kurse anzusetzen.

Reine Freizeitangebote sollen sich finanziell voll tragen. Eine räumliche Konzentration der Angebote erwartet die FDP an verkehrsgünstigen Standorten (z.B. Berufliche Schulen Groß-Gerau). Die VHS des Kreises soll mit der VHS Rüsselsheim zusammengelegt werden, um Doppelstrukturen von Verwaltung zu vermeiden.

AVM stärken

Mit dem Ausbildungsverbund Metall (AVM) besitzt der Kreis Groß-Gerau eine Einrichtung zur Betreuung und Begleitung Jugendlicher und junger Erwachsener, mit dem Angebot einer Vielzahl von Qualifizierungs- und Eingliederungsmaßnahmen eine Einrichtung für Menschen jeden Alters. Dieses Angebot gilt es zu erhalten, denn es hilft Menschen auf eigenen Beinen zu stehen und für sich selbst zu sorgen. Benachteiligte Jugendliche, Arbeitslose und Sozialhilfeempfänger bekommen über die Ausbildungs- und Beschäftigungsprogramme des Arbeitsamtes sowie des Kreises Groß-Gerau eine neue Chance im Leben.

Die vom AVM angebotenen arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen helfen Kosten im Sozialbereich in der Zukunft zu vermeiden. Insoweit unterstützen wir das neue Ausbildungsrestaurant in Bischofsheim, die Angebote zur Teilzeitausbildung und die Beratungsangebote des AVM.

Wichtig ist jedoch, dass eine Konkurrenz zu steuerzahlenden Betrieben mit unlauteren Mitteln durch den AVM vermieden werden sollte. Die öffentliche Hand sollte grundsätzlich nicht in Konkurrenz zu privatwirtschaftlichen Betrieben treten.

Wohlstandsschmiede Hochschule

Der Campus Rüsselsheim der HSRM ist die Ideenschmiede der Ingenieurwissenschaften in der Region. Um die Potenziale für Innovation, Fachkräfte und Ausgründungen zu nutzen, setzen wir uns für eine stärkere Zusammenarbeit und Vernetzung von Hochschule, Wirtschaft und die Unterstützung durch Kreis und Stadt ein. Zusammen mit der Hochschule Rhein-Main wollen wir den Cluster Automotive, zukunftsfähige Antriebe (Wasserstoffforschung, etc.) und das Thema Logistik stärker in den Fokus nehmen. Im Aufbau eines Wasserstoff-Standorts sehen wir eine große Chance für neuen Wohlstand durch Fachkräfte und Arbeitsplätze in der Region. Der Kreis Groß-Gerau ist bezüglich seiner Verkehrsinfrastruktur einzigartig in Deutschland und daher prädestiniert für diese Schwerpunktsetzung. Sie baut auf die schon starke lokal vorhandene Ingenieurkompetenz des Hochschulstandortes auf. In der guten Vernetzung von Straße, Luftverkehr, Schiene und (Binnen-)Schiff liegen für den Kreis erhebliche wirtschaftliche Potentiale.

Gesundheit zählt

Gesetzliche Aufgabe des Landkreises ist die Sicherstellung des Rettungsdienstes. Diese Aufgabe wird durch den Eigenbetrieb gut und kostendeckend erbracht.

Alle weiteren Leistungen des Kreises in diesem Bereich sind formal als freiwillige Aufgaben anzusehen und anfallende Kosten werden letztlich von den Bürgern über ihre Grundsteuern finanziert. Vor diesem Hintergrund gilt es das Wünschenswerte mit dem Finanzierbaren in Einklang zu bringen und endlich klare Entscheidungen zu treffen.

Die Kreisklinik wurde auch seit der GmbH-Gründung von der rot-rot-grünen Kreispolitik gesteuert und ist in der Insolvenz gelandet. Fachwissen fehlte in den Gremien, der Landrat hatte die Übersicht über die tatsächliche Lage der Klinik verloren. Ein zentraler Vorschlag zur Neuaufstellung der Klinik war, die Politik aus der operativen Steuerung herauszunehmen und durch echte Fachleute zu ersetzen. Rot-Rot-Grün hat diesen von uns in den parlamentarischen Prozess eingebrachten Vorschlag verworfen und will weiterhin die Parteipolitik in den Gremien der Kreisklinik. Ergebnis: Die Klinik steht trotz neuer Geschäftsführung auf finanziell wackligen Beinen, ohne Eigenkapital und einem Defizit von über 5 Mio. Euro pro Jahr. Notwendige größere Investitionen können von der Klinik nicht mehr gestemmt werden. Wir fordern daher: Politik raus aus dem Aufsichtsrat und eine klare Zielvereinbarung zwischen Klinik und Kreis, die die Finanzbeziehungen klar regelt und verhindert, dass wieder Millionen von Euro ohne Kontrolle versickern, Investitionsmittel zweckentfremdet werden und massiv Schulden aufgehäuft werden.

Verkrustete Strukturen überwinden

Die Klinik wird sich jedoch aufgrund der neuen gesetzlichen Rahmenbedingungen 'neu erfinden' müssen. Krankenhäuser sollen zukünftig durch Spezialisierung eine höhere Qualität erbringen, hierzu sind höhere Fallzahlen nötig, die ein kleines Haus wie Groß-Gerau praktisch nicht erreichen kann. Schon heute fehlt in der Notaufnahme auch oft das nötige Personal, so dass Rettungsfahrzeuge zu anderen Kliniken geleitet werden. Wir sprechen uns daher für die Aufgabe des stationären Bereichs aus.

Auch wenn die Versuche in der Vergangenheit nicht erfolgreich waren, sollte vor einer Schließung des stationären Teils der Klinik nochmals ein Versuch unternommen werden, diesen einem anderen Betreiber zu übergeben - eventuell auch an einen privaten Betreiber einer Spezialklinik. Denkbar ist auch die Nutzung des Bettenhauses für den Bereich der Kurzzeitpflege, für den es einen hohen Bedarf gibt.

Ambulante Versorgung verbessern

Hieraus müssen die nötigen Konsequenzen gezogen werden. Die Freien Demokraten sprechen sich daher für den Umbau der Klinik zu einem ambulanten Medizinstandort aus. Das MVZ sollte am Standort mit Fachärzten und ggf. ambulanten OP-Zentrum ausgebaut werden und eine 24/7 Öffnungszeit (wie schon vor Jahren geplant) umsetzen. Damit kann bei den kleineren und mittleren gesundheitlichen Problemen jederzeit geholfen werden für die i.d.R. ohnehin die Notaufnahme einer Klinik der falsche Ort ist.

Ländliche Hausarztversorgung sicherstellen

Das MVZ sollte sich daneben auch weiter der hausärztlichen Versorgung im Kreis Groß-Gerau widmen. Demographie und Änderungen bei der Berufsausübung von Ärzten führen dazu, dass die hausärztliche Versorgung mit selbstständigen niedergelassenen Ärzten leider nicht mehr ausreichend gesichert ist. Auch wenn der Sicherstellungsauftrag bei der Kassenärztlichen Vereinigung liegt, wird kaum ein Weg daran vorbeiführen, dass die kommunale Ebene diese Lücke füllt.

Unser Ziel ist es, eine gute wohnortnahe (auch fachärztliche) Versorgung am Standort der Klinik zu sichern. Zusammen mit der Stadt Rüsselsheim soll die Notaufnahme und die Intensivstation im GPR ausgebaut und eine hausärztliche Versorgung im ganzen Kreisgebiet gesichert werden.

Auch dies wird nur mit Zuschüssen umsetzbar sein, sicher jedoch mit weit weniger, als für einen stationären Klinikbetrieb notwendig wäre.

Bezahlbar wohnen

Unser Einsatz gilt bezahlbarem Wohnraum, damit Wohnen im Kreis Groß-Gerau für alle Generationen und Lebenssituationen erhalten bleibt. Aber Wohnraum im Ballungsraum ist knapp und daher teuer – für viele zu teuer. Dagegen hilft nur mehr Wohnraum – also Bauen!

Allem voran muss privaten Bauherren das Bauen erleichtert werden, Bürokratie muss abgebaut werden, verbindliche Standards müssen dringend überarbeitet werden. Den Gemeinden sollten Anreize für Nachverdichtungen und für eine bessere Ausnutzung der Grundflächen (z.B. Wohnungen über Gewerbeflächen wie Supermärkten) geboten werden. Auch hierdurch kann zusätzlicher Wohnraum zeitnah entstehen.

Die Kommunen brauchen Anreize zur Schaffung von Baugrund

Für Kommunen besteht praktisch kein Anreiz neue Baugebiete auszuweisen, auch wenn dies die Regionalplanung ermöglichen würde. Schwierige Eigentumsverhältnisse erschweren politisch gewollte Vorhaben zusätzlich. Von Seiten des Landes müssen also Finanzierungsinstrumente für die Erschließung geschaffen werden und von Bundesseite Regelungen für die Bauleitplanung verringert werden.

Digitalisierung ist wichtiger Baustein

Wir setzen uns dafür ein, dass die digitale Bauakte so schnell wie möglich Realität wird. Baugenehmigungen müssen vereinfacht und beschleunigt werden. Schon im Vorfeld sollte die Bauberatung auf einen schnellen Genehmigungsprozess ausgerichtet sein.

Steigende Baupreise, hohe Grundstückskosten und ausufernde Regulierungen auf dem Mietwohnungsmarkt haben zu einem hohen Defizit an bezahlbarem Wohnraum geführt. Vom Bund müssen Baustandards überarbeitet werden und Bauleitplanungen modulares Bauen berücksichtigen.

Errichtung einer Wohnungsbaugesellschaft prüfen

Für Liberale gilt immer: Privat vor Staat. Offenkundig ist jedoch der Wohnungsmarkt in seiner aktuellen Ausprägung seit Jahren aus verschiedenen Gründen nicht in der Lage, den Bedarf an bezahlbarem Wohnraum auch nur annähernd in einem Landkreis mit starkem Zuzug bereitzustellen.

Für die meisten kreisangehörigen Kommunen ist der Betrieb einer eigenen Wohnungsbaugesellschaft wirtschaftlich nicht darstellbar und übersteigt schnell das angemessene Verhältnis zur Leistungsfähigkeit der Gemeinde.

Da es in der Region zahlreiche Beispiele für erfolgreiche und nicht defizitäre kommunale Wohnbaugesellschaften gibt, sollte der Kreis prüfen, ob er selbst oder in Zusammenarbeit mit den Kommunen eine Wohnbaugesellschaft gründen und mit Kapital ausstatten kann. Auch ein Einstieg in die Gewobau (Rüsselsheim) sowie eine Ausweitung ihres Geschäftsgebiets könnte denkbar sein.

Da der Kreis auch erhebliche Mittel im Bereich der Übernahme von Wohnraumkosten trägt, könnten mit einem solchen Modell eventuell Kosten an dieser Stelle auch eingespart werden.

Klar muss immer sein, dass die öffentliche Hand den privaten Wohnungsbau nicht ersetzen kann. Es besteht jedoch die Möglichkeit, dass eine öffentliche Wohnbaugesellschaft im Bereich des geförderten Wohnungsbaus eine Lücke schließen könnte. In Zusammenarbeit mit den Kommunen könnten bisher schwer vermarktbare Grundstücke und Flächen für den Wohnungsbau erschlossen werden. Auch könnte seriell Bauen die Baukosten senken.

Eine erstklassige Infrastruktur

Für einen starken Wirtschaftsstandort ist eine erstklassige Infrastruktur unerlässlich. Der größte deutsche Flughafen, Häfen an Rhein und Main, verkehrsstarke Bundesautobahnen und ein hoch frequentiertes Schienennetz für Nah- und Fernverkehr im Kreisgebiet sind Fluch und Segen zugleich. Kein anderer Kreis in Hessen hat eine ähnlich gute Verkehrsinfrastruktur, die es auszubauen und zu unterhalten gilt.

Internationaler Flughafen von überragender Bedeutung

Der Frankfurter Flughafen bietet Chancen für die Ansiedlung von Unternehmen aller Art und ist nach wie vor Jobmotor der Region. Er ist von entscheidender Bedeutung für die wirtschaftliche Entwicklung der ganzen Rhein-Main-Region. Für die Erhaltung und Schaffung von Arbeitsplätzen im Kreis ist der Flughafen von zentraler Bedeutung. Die Kreisspitze sollte daher ihre negative Sichtweise auf den Flughafen aufgeben. Der Ausgleich für die Belastungen durch den Bau der neuen Landebahn besteht aus Sicht der FDP für die Menschen in der Region darin, dass der Ausbau nach den Ergebnissen des Mediationsverfahrens durchgeführt wurde und nun keine geplanten Flüge zw. 23.00 -5.00 Uhr erfolgen.

Die Freien Demokraten sehen im Flughafen Frankfurt einen für den Kreis wichtigen Standortfaktor und Motor zur Schaffung neuer Arbeitsplätze. Im Rahmen des Ausbaus darf jedoch der landseitige Ausbau der Infrastruktur (inkl. Schienenanschluss Terminal 3) nicht zu kurz kommen, da sonst der Verkehr in die umliegenden Ortschaften abfließt. Hier besteht dringender Nachholbedarf gegenüber den bisherigen Festlegungen.

Im Zusammenhang mit der weiteren Entwicklung des Flughafens sprechen sich die Liberalen für eine feste Lärmobergrenze auf Basis des Planfeststellungsbeschlusses aus. Die Einführung einer solchen absoluten Lärmobergrenze (unabhängig von den Flugbewegungen) in Verbindung mit dem geltenden Nachtflugverbot würde jedoch ein wirksames Anreiz- und Steuerungssystem einführen, um technisch mögliche Lärminderung am Flugzeug zum Durchbruch zu verhelfen. Die bisherige Staffelung der Landegebühren war hierfür nicht ausreichend.

Radwegenetz ausbauen

Einen stärkeren Fokus wollen wir auf den Ausbau von Radwegen legen. Die weitere Verbreitung von E-Bikes und Pedelecs macht die Nutzung für Strecken im lokalen Bereich immer interessanter und ist natürlich auch noch umweltverträglich und ressourcenschonend. In diesen Zusammenhang unterstützen wir den geplanten Bau von ‚Fernradwegen‘ und setzen uns für eine stärkere Verknüpfung von Rad und Schiene ein. Hierzu sind mehr Abstellanlagen an Bahnhöfen notwendig, aber auch verbesserte Mitnahmemöglichkeiten von Rädern im ÖPNV.

Im Zuge von Straßen- und Brückenbauten sind Radwege mitzudenken und mit Trennungen zur Fahrbahn zu realisieren, soweit dies finanziell und räumlich machbar ist.

Region braucht gute Straßen

Die Freien Demokraten werden sich für den dringenden notwendigen Ausbau und die Modernisierung der Infrastruktur einsetzen. Brücken sind marode und behindern den Verkehr. Wir fordern mehr moderne Verkehrsleitsysteme um Staus zu vermeiden. Besonders dringend ist der Ausbau der Bundesfernstraßen und der schon lange notwendigen Ortsumgehungen (z.B. Trebur, Dornheim, Mörfelden-Walldorf und Klein-Rohrheim). Positiv wird von der FDP auch der sechsspurige Ausbau der A60/A67 und anderer Autobahnteilstücke gesehen. Die täglichen Staus sind nicht akzeptabel. Die Region braucht ein gut ausgebautes Autobahnnetz. Die derzeitige Situation am Rüsselsheimer Dreieck wird sich durch den Ausbau hoffentlich verbessern.

Gerechte Regionalplanung

Aus dem vorliegenden Vorentwurf des Regionalplans Südhessen (RPS) bzw. des Regionalen Flächennutzungsplans (RegFNP) wird deutlich, dass Belastungen und Einschränkungen sowie wirtschaftlicher Nutzen von Flächenausweisungen ungleich in der Region verteilt sind. Es ist unstrittig, dass es mitunter vielfältige sachliche Gründe für die Ausweisung von bestimmten Flächen an bestimmten Stellen gibt. Auch ist es unstrittig, dass Kommunen und Landkreise sich solidarisch an der Entwicklung des Ballungsraums bzw. der Planungsregion beteiligen. Problematisch ist jedoch, wenn sich Belastungen und Einschränkungen in einzelnen Teilgebieten stark konzentrieren, ohne dass es hierfür vor Ort spezifisch spürbare positive Auswirkungen gibt. Beispielsweise ist die Kompensation durch Arbeitsplätze, Gewerbesteuer oder Einkommenssteueranteile derzeit kein angemessener Ausgleich für die in Kauf genommenen Belastungen und Einschränkungen.

Ausgleich für Belastungen unerlässlich

Landkreise und ihre Kommunen, die Leistungen zum Wohle der Gesamtregion erbringen und Belastungen und Einschränkungen zugunsten der Gesamtregion auf sich nehmen, sollten hierfür einen angemessenen Ausgleich erhalten, der auch die bereits bestehenden Belastungen berücksichtigt. Der Kreis Groß-Gerau ist besonders stark durch Lärm (Flug-, Bahn- und Straßenlärm) belastet, der zum überwiegenden Teil bloßer Durchgangsverkehr ist. Er erduldet den überwiegenden Kiesabbau in der Region und den damit verbundenen LKW-Verkehr, gibt erhebliche Mengen Grundwasser an die Stadt Frankfurt ab, wird in der Entwicklung erheblich durch das Siedlungsbeschränkungsgebiet des Frankfurter Flughafens behindert, wird durch Hochspannungsleitungen mit entsprechenden Abstandsflächen in die Entwicklung in kompletter Nord-Süd-Richtung des Kreises behindert, hat schon bisher riesige Flächen für die überregionale Logistik bereitgestellt und leistet mit dem Standort der HIM (ehemals Hessische Industriemüll GmbH) und der Deponie Büttelborn einen starken Beitrag zur regionalen Müllentsorgung – bis hin zur geplanten Bauschuttablagerung aus dem Rückbau des stillgelegten Atomkraftwerks Biblis. Andere Beispiele sind der Ausbau der Energieinfrastruktur nach dem Netzausbaubeschleunigungsgesetz (NABEG) sowie die überörtliche Verkehrsinfrastruktur nach dem Bundesverkehrswegeplan (BVWP). Gleichzeitig folgen aus diesen Belastungen und Einschränkungen in den weitaus meisten Fällen fast keine positiven Effekte. Im Gegenteil: Der besonders hohe Siedlungsdruck trifft auf eine unbefriedigende Baulandausweisung. Kommunen, die keinen Anreiz haben, die auf regionaler Ebene beschlossenen Flächen zu entwickeln, werden dies auch nicht tun. Im Interesse einer sinnvollen weiteren Entwicklung der Region, aber auch um Akzeptanz in der Bevölkerung zu schaffen, müssen Anreiz- und Ausgleichsmechanismen geschaffen werden, die die ungleichen Belastungen in der Region abmildern.

Hierzu gehören auch die Einrichtung von regional getragener Infrastruktur für weitere Logistikflächen. Neben Abstellmöglichkeiten für die LKW's müssen auch sanitäre Anlagen vorgesehen werden deren Betrieb nicht den Standortkommune aufgebürdet werden darf.

Ein Ballungsraumgesetz, das die Region stärkt und nicht spaltet

Das Ziel der Verwaltungsvereinfachung ist durch das Ballungsraumgesetz vollkommen verfehlt worden. Die Übersichtlichkeit bei Zuständigkeiten für Bürger und Unternehmen hat

durch die Gründung vieler Gesellschaften (z.B. Standortmarketing) weiter abgenommen. Das Ballungsraumgesetz hat neue Grenzen geschaffen, anstatt alte abzubauen. Die Region ist aus Sicht der FDP ohne die Städte Wiesbaden und Darmstadt erheblich zu klein gefasst. Von einem einheitlichen Auftreten der Region Rhein-Main ist man also weit entfernt. Das ist ein Hemmschuh für die überregionale Vermarktung. Die Region braucht dringend schlankere und schlagkräftigere Strukturen. Aus Sicht der FDP kann die Ebene der Metropolregion entfallen und hierfür die Struktur der Regionalplanung beim Regierungspräsidium aufgewertet werden. Regionale Planungsprozesse müssen massiv verschlankt und beschleunigt werden. Eine Regionalplanaufstellung, die bisher fast 10 Jahre benötigt (Ende offen), ist eine Verschwendung von Ressourcen und wird durch die gleichzeitige Aufstellung des RegFNP im Ballungsraum noch weiter ausgebremst.

Wirtschaftsförderung: für eine starke Wirtschaft in Groß-Gerau

Eine hohe Wirtschaftskraft in unserem Kreis entscheidet über unseren Wohlstand, Arbeitsplätze und Steuereinnahmen und damit über die finanziellen Spielräume der Kommunalpolitik. Daher setzen wir auf eine Wirtschaftspolitik, die konsequent Unternehmertum stärkt und es den Menschen einfacher macht, wirtschaftlich tätig zu werden. Denn: Unser aller Wohlstand wird durch die vielen fleißigen Bürgerinnen und Bürger geschaffen, die in eigener Initiative unternehmerisch tätig werden und täglich ihrer Arbeit nachgehen.

Verlässliche Rahmenbedingungen, die Unternehmertum ermöglichen

Groß-Gerau braucht Rahmenbedingungen, die Unternehmertum in Industrie, Handwerk, Innovation und Gewerbe ermöglichen, anstatt zu erschweren. Dazu zählen wir eine intakte Verkehrsinfrastruktur, schnelles Internet, niedrige kommunale Steuern und Abgaben sowie keine unnötigen bürokratischen Hürden.

Mittelstand und Handwerk tragen den Hauptanteil an der Beschäftigung und der Ausbildung von jungen Menschen. Daher setzen wir auf eine Wirtschaftspolitik, die mittelständische Strukturen bewusst pflegt und fördert. In Verkehrs- und Infrastrukturplanung berücksichtigen wir stets die Anforderungen unserer Handwerker und Unternehmer mit.

Weiterhin bekennen wir uns zu unserer industriellen Basis und stärken Industriestrukturen im Kreis Groß-Gerau. Denn die Industrie ist das Rückgrat unseres Wohlstands und sorgt für gut bezahlte Arbeitsplätze. Wir setzen uns für die Weiterentwicklung des Automobilstandorts Rüsselsheim ein und unterstützen gezielt den Aufbau neuer industrieller Cluster, z.B. in den Zukunftsbereichen Wasserstoff, KI und autonome Mobilität. Auch die Ansiedlung von Rechenzentren begleiten wir konstruktiv und mit dem Willen zu verträglichen Lösungen, denn die Wirtschaft der Zukunft im Rhein-Main-Gebiet braucht die nötige Rechenkapazität.

Wirtschaftsförderung muss Chefsache sein

Eine professionelle Wirtschaftsförderung und vorausschauende Ansiedlungspolitik ist unser Ziel. Dazu braucht es klare Zuständigkeiten und schnelle und digitale Bearbeitungsprozesse anstelle eines Behördenschungels, schnelle Genehmigungsverfahren und ein gestrafftes und eigenständiges Standortmarketing im Verbund mit den Kommunen in der Metropolregion Rhein-Main. Ziel muss ein Behördenlotse sein, der als direkter Ansprechpartner für alle Angelegenheiten von Unternehmen fungiert und auch Hilfestellung bei Anliegen im Zuständigkeitsbereich anderer Behörden gibt. Neue Unternehmen müssen im Kreis eine Willkommenskultur erleben. Letztlich muss es unter der Leitung des Landrats zu Ansiedlungskonferenzen mit allen beteiligten Behörden kommen (Clearingverfahren).

Vorausschauende Gewerbeflächenvermarktung

Das Gewerbeflächenmonitoring sollte zu einem aktuellen Gewerbeflächenkataster im Internet weiterentwickelt werden. Gezielte Werbemaßnahmen können auf die besonderen Vorzüge des Kreises (Verkehrsanbindung, Nähe zum Drehkreuz Flughafen Frankfurt, zentrale

Lage im Rhein-Main-Gebiet und Ausbildungsmöglichkeiten insbesondere im technischen Bereich) hinweisen. Durch eine planvolle Vergabe können so neue Wirtschaftskluster entwickelt und gestärkt werden. Dieses Register sollte für Ansiedlungswillige erweitert und ausgebaut werden. Ersichtlich sollte sein, welche Flächen real für Ansiedlungen aktuell und jährlich fortgeschrieben zur Verfügung stehen und für welche Gewerbe die Flächen ~~geeignet~~ ~~und~~ nutzbar sind. Auch sollten Hinweise wie Energieverfügbarkeit eingepflegt werden.

Existenzgründungsberatung

Der Kreis Groß-Gerau soll attraktiv für Existenzgründer und junge Unternehmen sein. Daher stehen wir für eine professionelle und vernetzte Gründungsberatung im Kreis Groß-Gerau. Gerade um in Vor-Gründungs-Phasen wirksam zu unterstützen, muss das Angebot für alle Interessierte niederschwellig offen sein. Wir vernetzen die verschiedenen Partner der Existenzgründungsberatung in Verwaltung, TIGZ, VHS und Hochschulen.

Mit dem Technologie-, Innovations- und Gründerzentrum (TIGZ) verfolgt der Kreis das Ziel, einen Inkubator und leicht erreichbaren Ansprechpartner für Gründer bereitzustellen. Wir stehen zum TIGZ, denn nur planbare Strukturen können gute Arbeit leisten. Doch das TIGZ ist kein Selbstzweck, sondern muss sich regelmäßig weiterentwickeln und an seinem Ziel messen lassen, die Gründungsunterstützung zu leisten, um innovative neue Geschäftsmodelle entstehen zu lassen und neue Arbeitsplätze zu generieren. Daher muss das TIGZ professionell weiterentwickelt werden. Dazu kann die Trennung des Vermietungsangebots und des Beratungsangebots dienen. Räumlichkeiten können dezentral und damit außerhalb des TIGZ vermittelt werden. Die Arbeit und der Erfolg des TIGZ muss zudem regelmäßig evaluiert werden.

Fachkräfteallianz ausbauen

Der Mangel an verfügbaren und qualifizierten Fachkräften wird immer wieder als größtes Problem bei der Besetzung von Stellen erkannt. Daher ist die Sicherung und Aktivierung von Fachkräften in der Region essenziell für ansiedlungs- und expansionswillige Unternehmen. Die Zusammenarbeit von Institutionen wie Handwerkskammer, AVM, Jobcenter, DGB oder IHK muss weiter ausgebaut werden und mit weiteren Projekten hinterlegt werden. Hierbei sollten auch die beruflichen Schulen verstärkt einbezogen werden. Der Übergang von Schule in Ausbildung und in den Beruf muss noch praxisnäher durch Schulen und Unternehmen organisiert werden. Die Optimierung der lokalen Vermittlungsarbeit im Übergang Schule-Beruf (OloV) ist ein gutes Instrument, das jedoch dringend mit Fokus auf dem technisch-handwerklichen Bereich nachgebessert werden muss. Die Berufsplanung kann gar nicht früh genug anfangen und braucht gute fachliche Begleitung auch aus der Unternehmenspraxis. Um die Fachkräftelücke zu schließen müssen gezielt qualifizierte Fachkräfte aus dem Ausland gewonnen werden. Dazu gehört eine Willkommenskultur und die Vereinfachung und Beschleunigung von Prozessen in der Ausländerbehörde.

Hochschulkooperation als Wohlfandsfaktor

Unsere Hochschulen sind unsere Wohlfandschmieden der Zukunft. Wir stärken die Hochschulkooperation und planen die hochschuleigenen Gründungsberatungen in das Gesamtangebot des Kreises zur Gründungsförderung ein. Wir fördern öffentliche Forschungsprojekte mit dem Kreis und den Städten und Gemeinden und unterstützen

Unternehmensgründungen aus den Hochschulen heraus. Daneben bietet sich eine Kooperation mit der VHS an, um Kurse zu relevanten Themen anzubieten und andererseits Menschen überhaupt erst mit dem TIGZ und Unternehmensgründungen in Kontakt zu bringen.

Verlässliche öffentliche Vergabepolitik

Die Spielräume bei der Auftragsvergabe durch den Kreis bzw. seine Beteiligungen sind im Sinne der wirtschaftlichen Haushaltsführung und der Stärkung von örtlichem Handwerk und soliden Unternehmen zu nutzen. So sollten Möglichkeiten der Teilvergabe stärker genutzt werden und aufgabenbezogene Ausschreibungskriterien stärker Verwendung finden (insbesondere hinsichtlich der Qualität und der bisherigen Erfahrungen eines Unternehmens). Auch dies lässt die Rechtslage bereits heute zu (,wirtschaftlichstes Angebot‘ nicht das ,billigste Angebot‘). Das kommunale Vergabezentrum muss stärker eingebunden werden und eine entsprechende Ausrichtung erhalten. Von der öffentlichen Hand muss man erwarten können, dass fällige Rechnungen fristgerecht bezahlt werden.

Eine Verwaltung als Dienstleister

Die FDP steht für eine Verwaltung, die sich als Dienstleister für die Bürger versteht. Dafür wird es notwendig sein, zusätzliche Dienstleistungen im Internet zur Verfügung zu stellen und die Plattform neu zu gestalten. Dies ist ein für den Bürger bequemer Service und ist für die Verwaltung kostengünstig. Im globalen Wettbewerb und im vereinten Europa muss das Ziel jeder Gebietskörperschaft sein, kundenbezogen zu arbeiten und ein umfangreiches, aktuelles und übersichtliches Informationsangebot (z.B. Gewerbesteuerkataster) vorzuhalten und leicht zugänglich zu machen. Zu einem modernen Dienstleister muss aber auch ein effektives Beschwerdemanagement gehören. Deswegen setzen wir uns dafür ein, dass der Kreis Groß-Gerau den Bürgern eine Plattform bietet, um ihre Beschwerden und Anregungen einzubringen. Ebenso wollen wir Englisch als zweite Verkehrssprache in der Verwaltung einführen.

Das Bürgerbüro in der Hosentasche

Das Onlinezugangsgesetz (OZG) verlangt die Bereitstellung aller Verwaltungsdienstleistungen im Internet. Theoretisch sollte dies Ende 2022 abgeschlossen sein.

Oftmals sind die Angebote jedoch auch heute noch nicht verfügbar, unübersichtlich oder so kompliziert, dass eine Nutzung nicht problemlos erfolgen kann. Wir fordern daher eine einheitliche Oberfläche in der alle Leistungen der Verwaltung übersichtlich dargestellt werden und so weit wie möglich ohne einen persönlichen Kontakt mit der Verwaltung in Anspruch genommen werden können. Digitale online Angebote sparen Wege und Wartezeiten. Die stockende Umsetzung des OZG (auch wegen mangelhafter Umsetzung zentraler Projekte auf Bundes- und Länderebene) ist unbefriedigend.

Es reicht jedoch nicht, wenn der digital eingegangene Antrag in der Verwaltung ausgedruckt, manuell bearbeitet und dann per Post verschickt wird. Wir fordern eine konsequente Umsetzung von digitalen Verwaltungsprozessen ohne Medienbrüche. Alle bisher manuellen Schritte ohne Entscheidungsspielräume sollten konsequent automatisiert werden. Dies spart Ressourcen der Mitarbeitenden und schafft Raum für bessere Beratung und neue Aufgaben.

Öffnungszeiten nach Bedarf ausrichten

Die Verwaltung ist für den Bürger da – der Bürger ist nicht der Bittsteller. Aus diesem Grund müssen sich Öffnungszeiten an der Arbeitswirklichkeit orientieren und Öffnungszeiten so anbieten, dass Arbeitnehmer sie außerhalb ihrer eigenen Arbeitszeit in Anspruch nehmen können. Wir fordern daher mindestens einmal pro Woche eine sehr frühe Öffnung der Verwaltung und einmal eine sehr späte Schließzeit. Dies gilt auch für die Ausländerbehörde, ist sie doch auch für ausländische Arbeitnehmer zuständig.

KI-gestützte digitale Begleiter für eine bürgernahe Verwaltung

Die Freien Demokraten setzen sich dafür ein, dass alle Bürgerinnen und Bürger sowie Neubürger im Kreis Groß-Gerau einen möglichst einfachen und barrierefreien Zugang zu Verwaltungsleistungen erhalten. Deshalb soll die Verwaltung digitale und interaktive Bots einsetzen, die vollautomatisch und mehrsprachig durch Verwaltungsprozesse führen. Dies kann per Chat, Sprache oder Video funktionieren. Nutzerinnen und Nutzer

können somit bequem rund um die Uhr auf der Webseite der Verwaltung Fragen stellen und Antworten erhalten. So werden Anträge verständlich erklärt, häufige Anliegen direkt geklärt und Schritt-für-Schritt-Anleitungen für Behördengänge gegeben, mehrsprachig und barrierefrei. Mit diesen interaktiven Assistenten schaffen wir mehr Transparenz, entlasten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und ermöglichen eine moderne Verwaltung, die schnell, verständlich und ohne Sprachbarrieren funktioniert. Auch verwaltungsintern sollten KI-Agenten zur effizienteren Arbeit (z.B. IT-Helpdesk für Verwaltung und Schulen) eingesetzt werden.

Kommunale Finanzen „Enkel-fit“ machen

Finanzieller Spielraum heute und in der Zukunft ist die Grundlage für kommunalpolitische Handlungs- und Gestaltungsfähigkeit in unserem Landkreis. Doch unser Haushalt ist heute unter Druck, es fehlen über 130 Mio. Euro. Verschärft wird die Situation in den nächsten Jahren durch Zinsbelastungen auf aufgenommene Kredite, notwendige Investitionen in die Schulen bei steigenden Schülerzahlen und den gesetzlich notwendigen Ausbau der Ganztagsangebote (Mensen etc.). Daher fordern wir Freie Demokraten nicht nur eine Konsolidierung der Ausgabenseite, sondern grundlegende Strukturreformen. Nur so können wir „Enkel-fit“ werden und kommenden Generationen Handlungsspielraum erhalten.

Eine Reform der Kommunalfinanzen

Aktuell haben die Kommunen kaum finanziellen Handlungsspielraum, sondern erfüllen zu großen Teilen Pflichtaufgaben, die von Bund und Land zugewiesen sind. Besonders Sozialleistungen belasten die Kasse. Bund und Länder wälzen z.B. die Kosten der Ganztagsbetreuung an Grundschulen auf die Kommunen ab. Das Konnexitätsprinzip (wer bestellt, der bezahlt) muss sowohl zwischen Land und Kommunen strikte Anwendung finden als auch bei vom Bund verursachten Mehrkosten wie z.B. der Ausweitung des Wohngeldbezugs. Rund 28,4 Prozent aller staatlichen Aufgaben erfüllten die Kommunen, erhalten aber nur 15,5 Prozent der bundesweiten Steuern.

Echter Sparwille vor Ort

Zusätzliche hausgemachte Kosten müssen vermieden, Personal flexibler eingesetzt, die Digitalisierung vorangetrieben und Standards überprüft werden.

Einsparungen in der Verwaltung im Kreis

Gerade im Kreis Groß-Gerau sind Doppelstrukturen durch den Sonderstatus der Stadt Rüsselsheim ein Kostentreiber. Wir wollen Verwaltungsaufgaben zusammenlegen und dadurch Gemeinkosten reduzieren. Hierzu gehört die Zusammenlegung der Schulträgeraufgaben im Kreis, der Nahverkehrsgesellschaften und auch der Volkshochschule von Kreis und Stadt Rüsselsheim.

Effizienz durch interkommunale Zusammenarbeit

Wir Freie Demokraten wollen die interkommunale Zusammenarbeit ohne Scheuklappen ausbauen. Größere Arbeitseinheiten verfügen über besseres Know-how und effizientere Arbeitsabläufe. Wir wollen, dass alle internen Aufgaben der Gemeinden und des Kreises auf mögliche Synergien bei Übertragung auf eine gemeinsame Stelle überprüft werden. Dies gilt insbesondere für immer wiederkehrende Tätigkeiten, wie im Personalwesen, der Beschaffung oder der Abrechnung von Gebühren. Auch das beim Kreis angesiedelte Projekt Fördergelder / Interkommunales Fördermittelmanagement sollte verstärkt werden, da die Bewerbung für Fördergelder und die Abrechnung immer komplizierter werden. Sinnvollerweise sollte die „Plattform Riedwerke“, die dem Landkreis und den Kommunen gehört, als Basis für Projekte der interkommunalen Zusammenarbeit ausgebaut werden.

Fördermittel besser nutzen

Wir wollen eine Projektsteuerung, die sich auch verstärkt an Förderprogrammen ausrichtet und diese soweit wie möglich nutzt. Das IKZ Projekt Fördermittelberatung wollen wir ausbauen und regional vernetzen. Ziel muss eine regionale Kompetenzstelle als Ansprechpartner für alle öffentlichen Einrichtungen sein.

Privat vor Staat

Die weitere Aufnahme von wirtschaftlichen Tätigkeiten durch den Kreis (Konkurrenz zu privaten Unternehmen) lehnen wir grundsätzlich ab. Es hat sich gezeigt, dass der Kreis fast immer ein sehr schlechter Unternehmer zu Lasten des Steuerzahlers ist (siehe Breitband GmbH).

Mobilisierung privaten Know-hows

Die Möglichkeiten des Einsatzes privater Ressourcen (auch durch PPP) sind überall, wo dies sinnvoll ist, einzusetzen (z.B. bei der Gebäudeunterhaltung). Privates Know-how soll im Krankenhausbereich verstärkt zum Einsatz kommen (Betriebsführung). Ebenso die Einführung und Nutzung sinnvoller Controllinginstrumente. Hierzu gehören auch sinnvolle, über Kreisgrenzen hinausgehende vergleichbare Kennzahlen. Damit können Effizienzpotentiale gegenüber anderen Verwaltungen erkannt werden.

Alle lokalen Maßnahmen werden jedoch nicht ausreichen, um die kommunalen Haushalte einigermaßen auszugleichen. Schon heute ist der Kreis Groß-Gerau auch einer der Landkreise mit den höchsten Grundsteuern, die eine direkte Folge der hohen Defizite sind. Nur wenn das Land Hessen seine Kommunen ausreichend am Gesamtsteueraufkommen beteiligt, können die gesetzlichen Aufgaben (Aufgaben, auf die die Kommunen keinen eigenen Einfluss haben und nur ausführen) finanziert werden. Die Freien Demokraten unterstützen daher Überlegungen das Land Hessen in dieser Frage erneut vor dem Staatsgerichtshof zu verklagen.

Ausgabenfalle Soziales

War der Anteil der Kosten für Soziales 2020 am Kreishaushalt noch bei 63%, so sind es in 2025 schon 68% (zum Vergleich: Schulträgeraufgabenanteil liegt bei 17%). Die gesetzlich vorgegebenen Kosten steigen in allen Bereichen.

Die LWV-Umlage stieg von 2023 60,5 Mio. € auf 80 Mio. € in 2026, die Kosten der Unterkunft (Differenz zwischen Bundeszuschuss und tatsächlichen Kosten) von 25,8 Mio. € (2023) auf 32 Mio. € (2026), Kinder,- Jugend- und Familienhilfe von 38,4 Mio. € auf 64,5 Mio. € in 2026. Auf diese Kosten und deren Höhe hat der Kreis praktisch keinen Einfluss. Hier ist es Aufgabe des Bundesgesetzgebers die Ansprüche zu überprüfen und die Kommunen für die Ausgaben finanziell auskömmlich auszustatten.

Allein das Thema frühzeitige, niederschwellige Hilfe und Beratung (neben einer effizienten Sozialverwaltung) liegt in den Händen des Kreises. Hierdurch kann erreicht werden, dass einige der exorbitant teuren Maßnahmen (gerade im Bereich der Jugendhilfe) vermieden werden.

Unsere Unterstützung gilt jenen, die bereit sind, sich anzustrengen – nicht denen, die sich verweigern. Solchem Verhalten muss der Staat mit klarer Haltung, aber auch mit Sanktionen begegnen. Auch sollte Missbrauch generell stärker kontrolliert werden.

Beratungsangebote evaluieren

Wir wollen das Beratungsangebot des Kreises in sozialen Fragen auf ihre Wirksamkeit evaluieren und damit prüfen, ob es der Nachfrage entspricht und wo eventuell ~~auch~~ nachgesteuert werden muss. Das reicht von der Erziehungs-, über die Schuldner- bis zur Drogenberatung oder in Fragen der Pflege. Niederschwellige Angebote können zukünftige Kosten vermeiden.

Bezahlkarte einsetzen

Wir wollen die Bezahlkarte nicht nur auf Geflüchtete nach dem AsylbLG auf Leistungsberechtigte, die in der Erstaufnahmeeinrichtung des Landes Hessen eine Bezahlkarte erhalten haben, dem Kreis GG zugewiesen wurden und in Gemeinschaftsunterkünften untergebracht sind, begrenzen. Vielmehr wollen wir alle möglichen Optionen nutzen und mittels Bezahlkarten Fluchtanreize reduzieren

Riedwerke als effizienter Dienstleister des Kreises und der Kommunen

Die Riedwerke haben sich als Zweckverband für kommunale Dienstleistungen von Kreis und Kommunen bewährt. Aufgaben können effizient erbracht werden.

Aus Sicht der Liberalen sollten die Einzelunternehmen über eine möglichst große unternehmerische Selbständigkeit verfügen und die Holding mit einer sehr schlanken Struktur nur Overheadaufgaben und die politische Steuerung wahrnehmen.

Riedwerke als Plattform der interkommunalen Zusammenarbeit ausbauen

Viele Aufgaben können nur im Verbund mit dem nötigen Personal und Sachkunde kostengünstig und effizient erbracht werden. Im Zuge der verschiedenen IKZ werden immer neue Projekte erkannt und definiert. Wir Freie Demokraten könnten uns daher vorstellen, die Riedwerke auch als Institution für weitere Themenfelder neben Abfall, ÖPNV und Trinkwasser zu öffnen. Bevor neue schwerfällige Strukturen geschaffen werden oder ineffiziente Notlösungen genutzt werden, sollte die Struktur der Riedwerke ausgebaut werden. Ein Beispiel hierfür könnte die Einsammlung der Hausmüllabfälle sein oder auch gemeinsame Beschaffungsprojekte von Kreis und Kommunen.

AVM stärken

Mit dem AVM hat der Kreis Groß-Gerau eine Einrichtung zur Betreuung und Begleitung Jugendlicher und junger Erwachsener Menschen geschaffen. Mit dem Angebot einer Vielzahl von Qualifizierungs- und Eingliederungsmaßnahmen ist ihm das für Menschen jeden Alters gelungen. Dieses Angebot gilt es zu erhalten. Denn es hilft Menschen auf eigenen Beinen zu stehen und für sich selbst zu sorgen. Benachteiligte Jugendliche, Arbeitslose und Sozialhilfeempfänger bekommen über die Ausbildungs- und Beschäftigungsprogramme des Arbeitsamtes sowie des Kreises Groß-Gerau eine neue Chance im Leben.

Die vom AVM angebotenen arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen helfen Kosten im Sozialbereich in der Zukunft zu vermeiden. Insoweit unterstützen wir das neue Ausbildungsrestaurant in Bischofsheim mit dem Angebot zur Teilzeitausbildung oder einer Beratung des AVM.

Wichtig ist, dass eine Konkurrenz zu steuerzahlenden Betrieben mit unlauteren Mitteln durch den AVM vermieden wird. Die öffentliche Hand sollte grundsätzlich nicht in Konkurrenz zu privatwirtschaftlichen Betrieben treten.

Müllentsorgung / Wertstoffhöfe

Grundsätzlich steht für uns Recycling im Vordergrund. Hierzu sind effiziente Sammelsystem notwendig, diese gilt es zu optimieren. Fehlwürfe in allen Müllfraktionen machen das Recycling aufwendiger oder auch unmöglich. Hier gilt es zusammen mit den Kommunen auch neue Konzepte zu erproben.

Zentral sind hierbei auch die örtlichen Wertstoffhöfe, damit Müll genau an der Stelle ankommt, wo er auch hingehört.

Da Ende 2030 die Lagerung von Abfällen auf der Kreismülldeponie Büttelborn endet, ist unser Ziel, die Abfallwirtschaftszentrum Büttelborn als Recyclingzentrum weiter auszubauen, die verschiedenen Stoffströme vor Ort zu sortieren und möglichst aufzubereiten. Wir wollen damit eine nachhaltige Kreislaufwirtschaft fördern.

Bauschutt aus dem AKW Biblis nur sicher lagern

Wir Freien Demokraten erkennen an, dass die Ablagerung schwach strahlender Abfälle aus dem AKW Biblis rechtlich nicht zu verhindern ist. Dennoch lehnen wir sie ab und fordern höchste Sicherheits- und Kontrollstandards:

- Einstufung der Abfälle als „gefährliche Abfälle“ und kein Einbau in die Erweiterung (Volumenmehrung) der SAVAG-Deponie.
- Keine Verlängerung der Deponielaufzeit über 2030 hinaus und strikte Einhaltung der genehmigten Maximalmengen ohne Mengentausch.
- Lückenlose Kontrolle der Freimessung durch unabhängige Sachverständige sowie zusätzliche Stichprobenkontrollen.
- Sichere Verpackung in Big Bags, Kennzeichnung, Verplombung und lückenlose Dokumentation jeder Lieferung.
- Transport nur an wenigen Tagen pro Jahr, präzise Vermessung der Lagerorte, Einbau ausschließlich in den am weitesten von Wohngebieten entfernten Deponieabschnitten.
- Monatliche unabhängige Prüfung des Sickerwassers auf Radioaktivität mit Veröffentlichung der Ergebnisse.
- Regelmäßige, transparente Information der Bevölkerung durch Landesbehörden.

Unser Ziel ist klar: Wenn schon eine Ablagerung erzwungen wird, dann nur unter maximalem Schutz für Bevölkerung und Umwelt.

Regenerative Energien wirtschaftlich sinnvoll einsetzen

Die Freien Demokraten stehen dem Ausbau regenerativer Energien und des Leitungsnetzes positiv gegenüber. Der weitere Ausbau muss vor dem Hintergrund hoher Strompreise jedoch wirtschaftlich sinnvoll erfolgen.

Einem Aufbau von Windrädern im Kreisgebiet stehen wir skeptisch gegenüber, da wirtschaftlich sinnvollere (Vorrang-)Flächen mit höherem Stromertrag im Regionalplan nach langjähriger Arbeit ausgewiesen wurden und auch gegenüber anderen Belangen der Regionalplanung (Naturschutz, Grundwasser, Denkmalpflege, etc.) abgewogen wurden. Hierbei liegt keine der sinnvollen Flächen im Kreis Groß-Gerau.

Demgegenüber ist der Ausbau von Solaranlagen auf Dächern und Brachflächen im Kreisgebiet sinnvoll und wirtschaftlich effizient. Dies gilt insbesondere auch bei der Eigennutzung des Stroms in kreiseigenen Liegenschaften.

Erfolgversprechend ist im Oberrheingraben auch die Tiefengeothermie. Auch wenn der Versuch in Trebur vorzeitig abgebrochen wurde, zeigt das nun erfolgreiche Beispiel Landau, dass die Technologie erfolgreich und wirtschaftlich sinnvoll eingesetzt werden kann. In Landau werden nun 3,2 Mrd. Euro in das Projekt investiert. Das gleiche Unternehmen hat auch die wesentlichen Bergrechte im Kreis Groß-Gerau. Zusammen mit der Gewinnung von Lithium (für Batterien), ist die Tiefengeothermie ein wesentlicher Bestandteil für die Energiewende in unserer Region – vor allem auch unter Kostengesichtspunkten.

Integration fördern und fordern

Die Freien Demokraten im Kreis Groß-Gerau bekennen sich zu einer integrationspolitischen Linie, die Chancen eröffnet – aber auch klare Erwartungen formuliert. Integration ist keine Einbahnstraße: Wer dauerhaft in Deutschland leben will, muss sich aktiv um Teilhabe bemühen, unsere Gesetze achten und die freiheitlich-demokratische Grundordnung anerkennen. Unsere Gesellschaft lebt von Zusammenhalt – nicht von Beliebigkeit.

Sprache, Bildung und Arbeit sind die Schlüssel zur Integration

Deshalb fordern wir verpflichtende Sprachkurse ab dem ersten Tag – unabhängig vom Aufenthaltsstatus. Kinder mit Migrationsgeschichte sollen frühzeitig durch gezielte Sprachförderung in Kitas und Schulen unterstützt werden. An Schulen mit besonders hohem Integrationsbedarf braucht es zusätzliches pädagogisches und sozialarbeiterisches Personal sowie enge Zusammenarbeit mit Eltern.

Auch berufliche Integration ist zentral. Anerkennung ausländischer Berufsabschlüsse muss beschleunigt werden. Gleichzeitig braucht es verpflichtende Maßnahmen zur Qualifizierung und Integration in Arbeit.

Integration verlangt die Akzeptanz unserer Werte. Gleichberechtigung, Religionsfreiheit, Toleranz, Meinungsfreiheit, Schutz von Minderheiten und das Recht auf individuelle Selbstbestimmung sind unverhandelbar. Wer diese Grundprinzipien ablehnt oder bekämpft, wer Frauenrechte untergräbt oder religiösen Fanatismus verbreitet, stellt sich außerhalb unserer offenen Gesellschaft.

Gleichzeitig wollen wir das Miteinander vor Ort stärken. Begegnung schafft Verständnis. Deshalb unterstützen wir ehrenamtliche Integrationsprojekte, Vereine, Sportinitiativen und kulturellen Austausch – überall dort, wo Menschen mit und ohne Zuwanderungsgeschichte gemeinsam etwas bewegen.

Unser Ziel ist ein weltoffener Kreis Groß-Gerau, in dem Vielfalt als Stärke gelebt wird – aber auf der festen Basis gemeinsamer Regeln, Werte und Verantwortung.

Attraktiver bezahlbarer Nahverkehr

Für die Freien Demokraten ist Mobilität ein wichtiger Standortfaktor für alle Teile der Bevölkerung. Hierzu gehört auch ein attraktiver ÖPNV, der insbesondere im Kernnetz stabile Verbindungen im Taktverkehr gewährleistet.

Da der Kreis Groß-Gerau der am stärksten wachsende Landkreis in Hessen ist, muss über einen Ausbau der Infrastruktur dringend nachgedacht und gehandelt werden. Die Kapazitäten sind insbesondere in den Hauptverkehrszeiten am Limit. Die Ertüchtigung der Riedbahn hat hierbei keine praktischen Verbesserungen gebracht, der SPNV wird weiterhin nicht ausreichend bedacht. Ebenfalls sehen wir es kritisch, dass das neue Terminal 3 am Flughafen nicht an den S-Bahn-Verkehr angeschlossen wurde. Zusätzlicher Bedarf an Bus- und Individualverkehr ist damit vorhersehbar.

Ohne einen Ausbau der Infrastruktur (z.B. auch Modernisierung der Stellwerke auf der Mainbahn oder einer Verlängerung der Straßenbahn von Griesheim nach Riedstadt) wird zusätzlicher Verkehr kaum abwickelbar sein, zumal die zahlreichen Baustellen auf den Straßen (demnächst u.a. Abriss Brückenbauwerk B26/Darmstadt) einen stabilen Taktverkehr auf der Straße kaum zulassen.

Haltestellen mit Mehrwert

Dringend notwendig sind an den zentralen Stationen Informationssysteme (Anzeige von Abfahrtszeiten) für die Fahrgäste. Über neue digitale Angebote wie Cityscreens sollten Informationen zum ÖPNV sowie zu weiteren Angeboten (Car- und Bike-Sharing, Hinweise auf Ladestationen etc.) zur Verfügung gestellt werden. Daneben muss es darum gehen, die Haltestellen attraktiver und vor allem sauberer herzurichten und für eine klare Beschilderung zu sorgen. Auch müssen Haltestellen verstärkt Umsteiger ins Auge nehmen (Rad und Auto in den ÖPNV). Hierzu sind erheblich mehr Abstellmöglichkeiten erforderlich. Die FDP setzt sich für eine Zusammenlegung der Nahverkehrsgesellschaften von Kreis und Stadt Rüsselsheim ein. Damit werden die Zusammenarbeit gestärkt und Doppelstrukturen abgebaut.

ÖPNV muss für Kommunen finanzierbar bleiben

Wie in allen Politikbereichen stellt sich die Frage der Finanzierbarkeit. Mit der Einführung des Deutschlandtickets und anderer Flatrateticketangebote (Schüler, Senioren, Landesbedienstete, Jobtickets), ist die Deckung der Kosten des ÖPNV's von 58% auf unter 30% gesunken. Dabei wird die entstandene Finanzlücke nur bis 2027 einigermaßen gegenfinanziert. Gleichzeitig sind die Kosten durch hohe Tarifabschlüsse und höhere Energiekosten massiv gestiegen. Ebenso verursacht der Umstieg auf klimafreundliche Antriebe (HVO-100 Diesel und Wasserstoff) gewaltige Mehrkosten. Die Anschaffungskosten für Wasserstoffbusse sind ca. 2-3 mal so hoch wie bei konventionellen Dieselantrieben. So kostet ein mit Wasserstoff betriebener Gelenkbus inzwischen über einer 3/4 Mio. Euro. Daneben steht das ÖPNV-System auch wegen der veränderten Schülerbeförderungszeiten (Ganztagsschule, ...) vor zusätzlichen Herausforderungen.

Dies bedeutet, dass nur eine sehr moderate Angebotserweiterung zusammen mit den Mehrkosten den Zuschussbedarf von Gemeinden und Landkreis von 5 Mio. Euro auf über 15

Mio. Euro wird steigen lassen, unter der Voraussetzung, dass Bund und Land die Finanzierungslücke bei den sinkenden Ticketeinnahmen weiterhin ausgleichen.

Zwei Nahverkehrsgesellschaften im Kreisgebiet verursachen ebenfalls unnötige Mehrkosten ohne Mehrwert für den Bürger.

Netzstruktur mit Augenmaß

Vorrang muss ein stabiles und verlässliches Kernnetz sein. Hierzu muss vor allem der S-Bahn-Verkehr mit seinen Knotenpunkten zum Busverkehr eine höhere Pünktlichkeit erreichen. Vor diesem Hintergrund müssen auch Überlegungen zur Straffung des Taktangebots auf wenig genutzten Linienabschnitten zugunsten von stark nachgefragten Strecken angestellt werden. In wenig frequentierten Bereichen des Kreises könnte über Lösungen mit Anrufsammeltaxis nachgedacht werden, in innerstädtischen Verkehren über eine Ausweitung der On-Demand-Verkehre, statt fester Taktverbindungen.

Aufgrund der Erfahrungen in der Vergangenheit befürworten wir die Beschäftigung von eigenen Busfahrern zur Sicherstellung des flächendeckenden ÖPNV-Angebots. Privaten Bewerbern auf Verkehrsleistungen ist dabei stets der Vorzug zu gewähren.

Wünschenswert wäre endlich die Einbindung der S7 an den Frankfurter Stadttunnel. Nur so „rechnet“ sich die S7 für die Region und vermeidet unnötige Umsteigevorgänge im Frankfurter Hauptbahnhof.

Die wichtigste Nebensache der Welt: Freizeit, Erholung und Sport

Ein breites Kulturangebot und umfangreiche Freizeitmöglichkeiten sind ein wichtiger Faktor für die Lebensqualität unserer Bürger. Dies zu erhalten und auszubauen, ist Ziel der FDP.

Schloss Dornberg als Kultur- und Lernraum ausbauen

Das Schloss Dornberg könnte noch besser in die Kulturarbeit integriert werden. Das restaurierte Schloss Dornberg ist, nachdem der Innenhof hergerichtet wurde, ein Schmuckstück des Kreises geworden. Die Zusammenarbeit im Rahmen des Kultursommers mit anderen Freilufttheatern im Sommer brächte den Focus auf Groß-Gerau.

Daneben solle das Areal auch für andere Nutzungen weiterentwickelt werden; so ist das Torhaus für die ehrenamtliche (Vereins-)Nutzung zu öffnen und im Außenbereich sollte u.a. ein „Open-Air-Klassenzimmer“ entstehen. So könnte das Schloss Dornberg als außerschulischer Lernort genutzt werden.

Sehenswürdigkeiten des Kreises besser vermarkten

In Zusammenarbeit mit den Kommunen des Kreises ist ein Konzept zu erstellen, das die Sehenswürdigkeiten des Kreises auf einen Blick erfassen lässt. Dies ist in der Tourismus- und Messeszene zu vermarkten. Nur so können Menschen auf das vielfältige Angebot im Tagestourismus im Kreis aufmerksam gemacht werden. Das betrifft z.B. ~~von~~ das Georg-Büchner-Haus in Goddelau, die Stadtmuseen in Rüsselsheim oder die Skulpturen auf der Regionalparkroute.

Im Kreis Groß-Gerau treffen sich zwei Kulturrouten, der Regionalpark im Norden und der Geopark im Süden. Im Grenzbereich liegt der Naturschutzraum Kühkopf. Diesen natürlichen Vorteil muss der Kreis Groß-Gerau besser als bisher ausnutzen. Der Ausbau des Kulturtourismus, als örtlichen Wirtschaftsaspekt kommt den Gemeinden zugute. Um dies zu erreichen, ist das Zusammenführen beider Routen mit Einbezug des Kühkopfes notwendig. Sein Ausbau als Eintrittstor zur Reise in den Natur-/Kulturraum von Geo- und Regionalpark war hierbei ein wichtiger Baustein. Notwendig werden für die Zukunft abgestimmtes Informations- und Kartenmaterial sowie eine einheitliche Wegebeschilderung sein. Der Mensch steht im Mittelpunkt unseres Handelns

Flughafennähe besser nutzen

Der Landkreis Groß-Gerau hat aufgrund seiner Nähe zum Flughafen und zur Messe Frankfurt die höchsten Übernachtungszahlen in Hotels verglichen mit den übrigen hessischen Landkreisen. Die sich hieraus ergebenden Möglichkeiten müssen besser genutzt und ausgebaut werden. Die Lage des Kreises ist nicht nur in seiner Verkehrsanbindung attraktiv, sondern auch im Naherholungsbereich. Die Regionalparkroute bis zum Geopark, der Kühkopf und das hessische Ried sollen als touristische Blickpunkte für Messe- und Wochenendurlauber beworben werden. Der Kreis Groß-Gerau muss im Tourismus Kreisgrenzen überschreiten, mit anderen Kreisen kooperieren und seine Interessen in einer regional differenzierten Vermarktungsstrategie bündeln. Auch das ist Wirtschaftsförderung und hilft gut ausgebildete Arbeitskräfte zu halten und neue Investoren anzusiedeln.

Sport als Herzstück des Zusammenhalts

Bewegung und körperliche Aktivität sind zentrale Bestandteile des gesellschaftlichen Lebens im Kreis Groß-Gerau. Sie verbinden Generationen, fördern Gesundheit, Integration und Ehrenamt und bieten eine hervorragende Möglichkeit, Menschen aus unterschiedlichen sozialen und kulturellen Hintergründen zusammenzuführen. Sportstätten sollten als Orte der Begegnung und des sozialen Austauschs gestärkt werden, um den gesellschaftlichen Zusammenhalt zu fördern. Sport ist mehr als Wettkampf, er ist eine tragende Säule der Gesellschaft, die allen Menschen Chancen zur Teilnahme und Weiterentwicklung bieten sollte. Die FDP unterstützt den bereits beschlossenen Sportentwicklungsplan und setzt sich für eine effiziente Nutzung bestehender Sportstätten sowie für neue, zeitgemäße Angebote in diesem Bereich ein.

Besondere Bedeutung hat die Verzahnung von Sport und Ganztagsbetreuung in Schulen und Kitas. Sportliche Aktivitäten stärken motorische Fähigkeiten, Teamgeist und Leistungsbereitschaft. Daher muss die Zusammenarbeit zwischen Schulen, Kindergärten und Vereinen intensiviert und unterstützt werden. Mit dem Ausbau der Ganztagsbetreuung steigt jedoch auch der Druck auf die vorhandenen Hallenkapazitäten spürbar. Hier müssen sinnvolle Lösungen gefunden werden, die sowohl den Bedarf der Schulen als auch den der Sportvereine berücksichtigen. Eine ausgewogene und faire Vergabe der Hallenzeiten im Sinne aller Beteiligten ist unerlässlich. Sportvereine dürfen dabei nicht das Nachsehen haben.

Der Schwimmunterricht ist ein elementarer Bestandteil der frühkindlichen Bildung und ein zentraler Baustein für die Sicherheit der Kinder. Wir setzen uns dafür ein, dass solche Angebote in Schulen und Vereinen weiter aktiv gefördert werden und allen Kindern – unabhängig von ihrem sozialen Hintergrund – die Möglichkeit gegeben wird, schwimmen zu lernen.

Ein weiterer Fokus liegt auf der Förderung von Übungsleitern und der Anerkennung des großen ehrenamtlichen Engagements in den Vereinen. Hier müssen wir die Vereine dabei unterstützen, qualifizierte Übungsleiter zu finden und zu fördern, um langfristig die Qualität der Angebote sicherzustellen.

Zusammenarbeit zwischen Politik und Sport stärken

Die bereits bestehende Sportkommission spielt dabei eine zentrale Rolle. Ihr Potenzial als Plattform für echten, regelmäßigen Austausch zwischen Schulen, Kitas, Vereinen, Verwaltung und Politik muss besser genutzt werden. Ziel muss es sein, dort gemeinsam praktikable Lösungen zu entwickeln, die den vielfältigen Anforderungen im Sportbereich gerecht werden und den gesellschaftlichen Zusammenhalt stärken.

Ehrenamt wertschätzen

Ehrenamtliches Engagement ist für ein lebendiges funktionierendes Miteinander in der Gesellschaft unverzichtbar. Neben weiteren Vergünstigungen durch die „Ehrenamts-Card“ sollte es weitere Anerkennungen geben, denn viele Strukturen sind heute ohne Ehrenamtlichkeit nicht vorstellbar. Deswegen soll der Kreis hier in Form einer Ehrenamtsbörse ehrenamtlichem Engagement eine Plattform bieten und es so aktiv fördern.